

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

An
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin:

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Gesundheitsausschuss	25.04.2023
Finanzausschuss	15.05.2023
Rat	16.05.2023

Änderungsantrag zu TOP „Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, beigefügten Änderungsantrag zu TOP „Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell“ auf die Tagesordnung der kommenden Sitzungen des Gesundheits- und Finanzausschusses sowie des Rates am 16.05.2023 zu setzen:

Nachfolgender Beschluss ersetzt den vorgeschlagenen Beschlusstext der Vorlage:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das von der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH (Kliniken Köln) vorgelegte Zukunftsmodell zur Kenntnis und stellt fest, dass dieses wertvolle Aspekte für eine zukunftsgerechte und medizinisch sinnvolle Aufstellung der Kliniken Köln enthält.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine neue detaillierte Beschlussvorlage aufbauend auf dem Zukunftsmodell der Kölner Kliniken und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Krankenhausreformen des Bundes und des Landes NRW aufzusetzen, die folgende weitere Maßgaben erfüllt:
 - a) Das städtische Krankenhaus in Merheim ist schon jetzt ein Haus der Maximalversorgung mit ausgezeichnetem Ruf. Der Standort wird ausgebaut und erweitert, um die bedarfsgerechte und bestmögliche medizinische Versorgung für Köln und die Region auch zukünftig zu garantieren. Am Standort in Holweide wird auch weiterhin eine stationäre medizinische Infrastruktur im Sinne eines Krankenhauses aufrechterhalten, die die örtlichen Bedarfe abdeckt. Am Standort in Riehl wird auch in Zukunft rund um die Uhr (24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche) eine pädiatrische Versorgung vorgehalten. Die Verwaltung legt in der Vorlage eine umfassende Bedarfsermittlung für die pädiatrische Versorgung für die gesamte Stadt Köln vor.
 - b) Sofern im Rahmen der finalen Konzeptionierung bisher für Krankenhauszwecke genutzte Flächen freigezogen werden, sollen diese zum einen für die unter a.) genannten medizinischen Entwicklungen sowie für Wohnnutzung mit Werkwohnungen für Klinik-Mitarbeiter*innen bzw. für durch Preisbindung erschwingerlichen Wohnraum für die Kölner Bevölkerung genutzt werden.

- c) Die Finanzierung des Vorhabens wird – wie in Beschlussvorlagen mit erheblichen Investitions- und Bauvorhaben üblich – sowohl hinsichtlich der Investitionen als auch des Betriebs detailliert dargestellt (dies kann erst nach Festlegung der neuen Krankenhausfinanzierungsrahmen des Bundes bzw. des Landes erfolgen). Die verschiedenen Varianten werden hinsichtlich ihres Finanzierungsaufwandes differenziert dargestellt. Dabei sind zum Vergleich auch die notwendigen Investitionen in die vorhandenen Krankenhausstandorte im Falle der Beibehaltung des Status quo darzustellen
- d) Für alle erforderlichen Bauplanungen erarbeitet die Verwaltung eine belastbare und detaillierte Einschätzung des Bauplanungsrechts, der Baubeschreibung, der Auswirkungen auf den Klimaschutz, des Zeitrahmens und der Wirtschaftlichkeit.
- e) In enger Abstimmung mit der KVB AG erarbeitet die Verwaltung Lösungsansätze zur Verbesserung der ÖPNV-Verkehrsanbindung an das Krankenhaus Merheim.

Begründung:

In den Kliniken der Stadt Köln leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeden Tag Großartiges und gewährleisten unter extrem schwierigen infrastrukturellen, personellen wie wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine hervorragende Medizin auf nationalem Spitzenniveau. Wenn es nun auch noch gelingt, die genannten Rahmenbedingungen deutlich zu verbessern bzw. zukunftsfest zu machen, kann sicherlich auch die Ergebnisqualität noch einmal gesteigert und dabei Wartezeiten verringert sowie Abweisungen vermieden werden. Die Arbeit der neuen Geschäftsführung nehmen wir dabei als hochengagiert und sehr zielgerichtet im Sinne bestmöglicher Medizin bei gleichzeitiger Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kliniken wahr. Diese genießt daher unser volles Vertrauen!

Hintergrund der vorliegenden Beschlussvorlage (Vorlagen-Nr.: 0551/2023) sind die seit Jahren und zuletzt sehr stark ansteigenden Defizite der städtischen Kliniken. Anstatt diese Entwicklung aktiv anzugehen und die Kliniken zurück in die wirtschaftliche Erfolgsspur zu bringen, hat Oberbürgermeisterin Reker in den vergangenen Jahren ausschließlich auf den immer noch nicht realisierten und anscheinend gescheiterten Klinikverbund mit der Uniklinik Köln gesetzt. Nachdem sich zwischenzeitlich das jährliche Defizit der Kliniken der 100-Millionen-Euro-Marke näherte, soll nun in einem Hauruck-Verfahren – ohne breite Beteiligung von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft – ein radikaler Schnitt unter Aufgabe von zwei tradierten und in der Bevölkerung fest verankerten Standorten vollzogen werden. Dafür hat Oberbürgermeisterin Henriette Reker die Geschäftsführung der Kliniken Köln im Januar 2023 beauftragt, innerhalb weniger Wochen bis zum 22.02.2023 ein Sanierungskonzept zu erstellen, das – mit noch heißerer Nadel gestrickt als die Beschlussvorlage – innerhalb von 2 Tagen in diesen Beschlussvorschlag mündete. Allein diese Zeitachsen zeigen, dass diese Beschlussvorlage noch gar nicht geeignet sein kann, eine derart wichtige und weitreichende Entscheidung über die Gesundheitsversorgung der Kölnerinnen und Kölner zu treffen.

Am 22.02.2023 legte die neue Geschäftsführung der Kliniken Köln auftragsgemäß ein sog. Zukunftsmodell für die Kliniken vor, das die Vorgaben aus dem Arbeitsauftrag erfüllt und durchaus viele Komponenten enthält, um die qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung der Bürger*innen durch die Kliniken Köln weiter sicherzustellen. Das Modell der Geschäftsführung beinhaltet dabei gute Überlegungen, wie die Kliniken Köln als städtische Kliniken erhalten werden und weiterhin Spitzenmedizin als Maximalversorgerin für die Kölner Bevölkerung anbieten können. Die vorgeschlagene Neuordnung verschiedener Fachabteilungen und der Ausbau einer modernen Infrastruktur mit Neubauten eröffnen insbesondere für die Mitarbeiter*innen neue Perspektiven. Diese werden vor dem Hintergrund des enormen Fachkräftemangels in der Pflege und des für die Zukunft prognostizierten Ärztemangels dringend gebraucht. Der Betriebsrat der Kölner Kliniken zeigte sich daher mit dem Modell der Geschäftsführung durchaus einverstanden.

Allen Beteiligten, allen voran den Mandatsträger*innen, muss klar sein, dass es ein einfaches Weiter-so nicht geben kann, da dieses die medizinische Versorgung der Kölner Bevölkerung gefährdet und zudem die Gefahr besteht, dass die Kliniken mittel- und langfristig nicht in städtischer Hand gehalten werden können – und dies gilt es unter allen Umständen zu vermeiden! Im Umkehrschluss kann aber nicht die Lösung sein, dass der Stadtrat im Hau-ruck-Verfahren eine Beschlussvorlage vorgelegt bekommt, die die üblichen Anforderungen an Beschlussvorlagen in keiner Weise erfüllt und in dieser Form nicht beratungs- bzw. beschlussfähig ist.

In ihrer jetzigen Form hält die SPD-Fraktion die Beschlussvorlage für nicht zustimmungsfähig, weshalb dieser Ersetzungsantrag einen neuen, soliden Aufschlag mit einer neuen zeitlichen Perspektive – die dann auch die gerade laufenden Krankenhausreformprozesse in Land und Bund aufnehmen kann – ermöglichen soll, ohne dieses für die Kölnerinnen und Kölner so wichtige Thema auf die lange Bank zu schieben. Unser gemeinsamer Anspruch im Rat der Stadt Köln muss es doch sein, dass wir zu einer soliden Entscheidung finden, die weiterhin die beste Medizin in wirtschaftlich gesunden städtischen Kliniken für die Zukunft ermöglicht. Ohne Kenntnis der Pläne und Finanzierungsgrundlagen des Landes und des Bundes können aber keine finalen Entscheidungen über die Kölner Krankenhauslandschaft getroffen werden. Zudem müssen alle genannten Aspekte hinreichend abgewogen und diskutiert werden. Auch müssen erforderliche Gespräche mit Kooperationspartnern wie der Kassenärztlichen Vereinigung Köln erfolgen, um ein insgesamt kohärentes medizinisches Versorgungskonzept vorlegen zu können. In diesem Sinne wird durch die Beschlussfassung dieses Antrags ein zentraler Beitrag zur medizinischen Versorgung für ganz Köln geleistet.

Gez. Christian Joisten
SPD-Fraktionsvorsitzender